



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Grundgesetz ernst nehmen – Zusätzlichkeit bei der Umsetzung des Sondervermögens gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Investitionen aus dem Sondervermögen des Bundes nach Art. 143h des Grundgesetzes ausschließlich für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 verwendet werden.

Begründung:

Bundestag und Bundesrat haben mit der Einfügung von Art. 143h in das Grundgesetz mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, bis zum Jahr 2045 ein Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. Euro aufzulegen, um zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz zu ermöglichen. Dabei geht es erstens um die dringende Sanierung und Modernisierung unserer Infrastruktur und zweitens auch um einen starken konjunkturellen Impuls.

Deutschland hat massiven Investitionsbedarf (Infrastruktur, Klimaschutz, Digitalisierung). Jeder Euro, der nicht investiv wirkt, verschärft Wachstumsschwäche, Standortprobleme, Transformationskosten in der Zukunft.

Das Ifo-Institut und das Institut für Wirtschaftsforschung Köln (IW) haben hierzu Zahlen veröffentlicht, nach denen der Bund im Jahr 2025 24 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen investieren konnte. Allerdings lagen die Gesamtinvestitionen des Bundes 2025 nur um 1,3 Mrd. Euro über den Investitionen von 2024. Daraus lässt sich eine Lücke in Höhe von ca. 23 Mrd. Euro errechnen, die aus Schulden finanziert, aber nicht für zusätzliche Investitionen geflossen wäre.

Die Idee des Sondervermögens war: außerhalb der Schuldenbremse gezielt in die Zukunft Deutschlands investieren. Wenn Mittel stattdessen in laufende Haushaltslöcher fließen, untergräbt dies Glaubwürdigkeit staatlicher Investitionspolitik.

Wenn sich diese Haushaltspolitik in den kommenden Jahren fortsetzt, wird die historische Chance verspielt, unser Land deutlich schneller zu modernisieren. Aus den zusätzlichen Schulden würde kein Sondervermögen, es würde bei den zusätzlichen Schulden bleiben. Die Belastung künftiger Generationen blieben ohne Gegenwert.